

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Veränderungen bestimmen unser Leben. Auch in der Fraktion Bündnis 90/die Grünen hat es einige personelle Umstrukturierungen gegeben.

Mit dem Ausscheiden von Peter Bergmann aus dem Rat der Stadt Olsberg fehlt uns ein Urgestein Grüner Politik. Mit Monika Erber steht nun eine Ratskollegin mit neuen Ansichten in den Startlöchern.

Mit dem Verzicht von Karl Heinz Weigand auf das Amt des Fraktionssprechers stehe nun ich nach 16 Jahren erstmals als neue Fraktionssprecherin vor Ihnen und hoffe auch weiter auf gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Zugegebenerweise bin ich etwas angespannt – freue mich aber auf meine neuen Aufgabenbereiche und Tätigkeiten.

Beginnen möchte ich meine 1. Haushaltsrede mit einem Zitat von Franz Kafka:

„Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“.

Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 gibt es massive Veränderungen in der Sicherheitslage für Europa, ja für die ganze Welt. Ein Krieg in Europa war über Jahrzehnte nicht vorstellbar – ist nun aber bittere Realität. Das ganze Ausmaß ist nicht absehbar, bestimmt aber maßgeblich unseren Alltag.

Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und der jahrzehntelang verschleppte Ausbau regenerativer Energien zwingt uns dazu, Energie einzusparen, führt zu verlängerten Laufzeiten von Atomkraftwerken und dem verzögerten Ausstieg aus der Braunkohle.

Ebenfalls sind die rasant steigenden Energiekosten und der Zustrom von Geflüchteten aus der Ukraine und deren Folgen für unsere Kommune noch nicht absehbar und somit nicht seriös plan- und darstellbar.

Für die große Hilfsbereitschaft seitens der Bevölkerung und die vielen Arbeitsstunden der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie den Mitarbeitenden der Verwaltung heißt es Danke zu sagen.

Eine Isolierung der Belastungen durch den Ukraine Krieg im Haushalt der Stadt – ähnlich wie bei den Auswirkungen der Corona Pandemie – scheint der einzige Weg zu sein, um diese Kosten zu kalkulieren.

Im Haushaltsentwurf stehen sich im Ergebnisplan 45,24 Millionen € als Erträge aber auch 48,07 Millionen € als Ausgaben gegenüber. Daraus ergibt sich ein Defizit von 2,83 Millionen €, welches aus den Ausgleichsrücklagen der Vorjahre geschlossen werden muss. Wo wir am Ende des Jahres stehen, bleibt abzuwarten – hoffen wir, dass unsere Rücklagen noch einige Jahre halten.

Es ist hinlänglich bekannt, dass wir als Bündnis 90 / die Grünen für Olsberg ein Nachhaltiges Strategiekonzept mit Ausrichtung an den SDGs der Vereinten Nationen mit Unterstützung der LAG21 NRW gewünscht hätten.

Die Ablehnung des Antrags durch die CDU wurde unter anderem mit Personalmangel und dem Abwarten auf das integrierte Klimaschutzkonzept des Hochsauerlandkreises begründet. Beides wird sich im Jahr 2023 nun verändern.

Positiv hervorzuheben sind deshalb die 4 neu geschaffenen Stellen für Wirtschaftsförderung, Bauleitplanung, für eine Architekt*innenstelle sowie für Klimamanagement, obgleich die Stelle des Klimamanagers im Haushaltsbuch eher schwierig zu finden ist und nur im Stellenplan auftaucht. Seis drum, eine langjährige Forderung unsererseits ist somit erreicht.

Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang zu bringen und daraus Strategien zu entwickeln ist jetzt die große Herausforderung. Die Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung und Klimamanagement ist somit die Grundlage für zukunftsorientierte und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Hierfür haben sich alle Fraktionen in der Strategiewerkstatt ausgesprochen. Jetzt müssen hierzu Taten folgen.

Klimakrise, Biodiversität, Nachhaltigkeit

Ein chinesisches Sprichwort besagt: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“

Beim Klimaschutz hat man das Gefühl, dass Olsberg nur reagiert, nicht aber agiert und seine Möglichkeiten ausschöpft, oder gar Vorreiter in Sachen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Artenschutz sein möchte.

Im aktuellen Sachstandsbericht zum Klimaschutzkonzept des Hochsauerlandkreises sieht man, dass Olsberg im Bereich der regenerativen Energien – im Gegensatz zu anderen Kommunen wie z.B. Brilon oder Marsberg – noch einen erheblichen Aufholbedarf hat.

Der Klimawandel hat uns gezeigt, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher und er ist ein Thema, das uns alle direkt betrifft. 2022 war der sogenannte „Earth Overshoot day“ also der Tag, an dem die verfügbaren Ressourcen der Erde für das Jahr verbraucht sind, früher als jemals zuvor: schon am 28. Juli. – für Deutschland steht das imaginäre Umweltkonto sogar auf dem 04. Mai 2022.

Es kommt immer häufiger zu Flutkatastrophen, Hitzesommern, Dürren und vielen weiteren Problemen, denen vor allem die Städte von heute nicht mehr gewachsen sind.

Dabei spielt vor allem auch die Baubranche eine besonders wichtige Rolle. Sie verursacht rund 40% der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland. Und da CO₂ besonders lange in der Atmosphäre bleibt, wird die Dringlichkeit nach alternativen Methoden auch in der Baubranche immer deutlicher.

Hier haben wir als Grüne klar Stellung bezogen und mit unseren eingereichten Anträgen mit „der Forderung öffentliche Gebäude in Holzbauweise auszuschreiben“ und zu „Veränderungen der Baurichtlinien“ einiges erreicht.

Ebenfalls halten wir für Neubauten – egal ob privat oder öffentlich – die verpflichtende Ausstattung mit regenerativen Energiequellen wie z.B. Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen für unablässig.

Die energetische Überprüfung der öffentlichen Gebäude durch das Ingenieurbüro energielenker projects GmbH halten wir ebenfalls für den richtigen Weg, um so das 1,5 Grad Ziel vielleicht doch noch zu halten.

Seit nunmehr fast 20 Jahren fordern wir als Grüne Windkraft in Olsberg. Jetzt kommen die Windräder doch – sie konnten eben **nicht** verhindert werden. Wir hätten in Olsberg bereits seit langem Rechtssicherheit schaffen können. Leider ist hier von den Fraktionen der SPD und der CDU und seitens des Bürgermeisters in der Vergangenheit zu wenig unternommen worden, es fehlte der Mut, klare Standpunkte zu vertreten. Aus diesen Gründen konnte kein Einvernehmen für Olsberg erreicht werden. Darüber zu klagen, dass in Zukunft zu viele Windräder genehmigt werden könnten ist daher teilweise nachvollziehbar, ist aber der Verhinderungstaktik der letzten Jahre geschuldet.

Hoffen wir jetzt, dass über die Hochsauerlandenergie in Form einer Eigenbeteiligung an einem Windpark oder durch direkte Bürgerbeteiligung Wertschöpfung für die Kommune erzielt werden kann und somit letztendlich auch unsere Bürgerinnen und Bürger davon profitieren können.

Dieses gilt ebenfalls für Freiflächen PV-Anlagen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen um diese auch als Anlagen für unsere Bürgerinnen und Bürger planen, damit wir hier nicht erneut den Anschluss verschlafen.

Bei den aufgesetzten Förderprogrammen für Photovoltaikanlagen bzw. Balkonkraftwerken und dem Tausch von alten Elektrogeräten, sowie bei der kostenlosen Verteilung von Obstbäumen sieht man, wie gut diese Maßnahmen von unseren Bürgerinnen und Bürgern angenommen werden. Hier gilt es weiterzuarbeiten und darüber hinaus noch neue Förderprogramme z.B. für Entsiegelung von Flächen oder Dach- und Fassadenbegrünung in Angriff zu nehmen.

Der Klimabeirat wurde installiert, um klimarelevante Themen einzubringen und zu diskutieren. Hier sollten mögliche Anträge für die zuständigen Ausschüsse zur Umsetzung erarbeitet werden. Er war als eine Art Ideenschmiede angedacht.

Leider wurde der Beirat in 2022 2-mal abgesagt – und zwar aus personellen Gründen, nicht etwa, dass es an Themen fehlte. Ganz im Gegenteil. Viele Vorschläge seitens unserer Fraktion konnten nicht bearbeitet werden – wir wurden sogar angehalten weniger Anträge einzureichen.

Was nützt es, wenn genug Ideen und Gelder zur Verfügung stehen, die Umsetzung hierzu aber personell nicht geleistet werden kann?

Ich darf Ihnen versichern: Wir bleiben an diesen Themen dran denn wie sagt man im Volksmund: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Gerade hier sieht man wieder, wie dringlich die Stelle des Klimamanagers benötigt wird. Unser Dank gilt allen Mitarbeitenden der Verwaltung, die ihr Möglichstes tun, um gesteckte Ziele zu erreichen.

Bauliche Veränderungen

Schulen, insbesondere Grundschule Bigge

Eine energetische Überprüfung mit klaren Sanierungsaufgaben wie sie bei der Sekundarschule durchgeführt wurde, erachten wir für alle Schulen als sinnvoll. Das alle Schulen nun weitestgehend digitalisiert und mit Tablets ausgestattet sind ist erfreulich und erleichtert hoffentlich den Alltag von Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen.

Wenn uns die Corona-Krise eins gezeigt hat, dann wie viel Nachholbedarf hier noch bestand und noch immer besteht.

Die Grundschule Bigge steht seit der Absage der Josefsgesellschaft zum Neubau des geplanten OP-Traktes an der Elisabeth-Klinik und mit dem damit verbundenen Teilabriss des Schulgebäudes wieder im Fokus.

Das hier eine Arbeitsgruppe entstanden ist, welche alle beteiligten Personen: sei es das Lehrerkollegium, die Mitarbeiterinnen der OGS, die Ratsvertreter*innen, die Elterninitiativen, die Verwaltungsmitarbeitenden – um hier die wichtigsten zu nennen – zusammenbringt und Ideen zur Umgestaltung der Grundschule Bigge zu erarbeiten sehen wir sehr positiv.

Ein Umbau im Bestand ist zurzeit die Alternative, die von der eingerichteten Arbeitsgruppe favorisiert wird. Wie dieses im Einzelnen aussehen kann, wird zurzeit beraten und diskutiert.

Der Schulstandort Bigge sollte gebündelt sein – heißt OGS, Schule und Betreuung sollen in einem Gebäude untergebracht sein.

Wichtig für uns Grüne ist, die Grundschule Bigge zukunftsweisend aufzustellen. Hierzu gehört die energetische Sanierung genauso wie die Barrierefreiheit. Als Inklusionsschule sollte Barrierefreiheit in **allen** Bereichen der Schule selbstverständlich sein.

Aqua Olsberg

Das Aqua Olsberg steht nach dem Brand im Fokus der Überlegungen. Soll das Bad so wieder aufgebaut werden wie vorher oder sollen Optimierungsvorschläge umgesetzt werden? Barrierefreiheit und ein neuer Bereich für die Verwaltung sollte hier außer Frage stehen. Alles andere ist bisher noch unklar.

Die Präsentation des Architektenbüros PASSGANG sieht einen kompletten Umbau des Aqua vor. Die Summen von 14 bzw. 17 Millionen € machen erst einmal sprachlos und stehen in keinem Verhältnis zur erwarteten Summe aus der Versicherung von geschätzt 2 Millionen €.

Die Rechnung, dass der Rest der Summe über Fördergelder irgendwie gegenfinanziert wird, geht so nicht auf. Hier müssen nicht nur die Investitions- sondern auch die Betriebskosten mit einbezogen werden.

Der Eindruck, der evtl. bei den Bürgerrinnen und Bürgern der Stadt Olsberg entstanden ist, dass der Rat der Stadt Olsberg nur noch vor der Entscheidung steht welches Modell der PASSGANG Präsentation favorisiert wird, möchte ich hier richtigstellen.

Zuerst müssen wichtige Grundsatzentscheidungen getroffen werden. Welche Personengruppen sprechen wir an oder welche Gruppen fallen bei dem vorgeschlagenen Umbau komplett raus? Wäre es nicht sinnvoll das Bad so umzugestalten, dass es für alle Generationen attraktiv ist und auch bezahlbar bleibt?

Es stellt sich die Frage: Was dürfen, was wollen und was können wir uns als Kommune eigentlich leisten?

Die Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht noch weiter steigen. Die laufenden Betriebskosten für das zurzeit geöffnete Schwimmbaden übersteigen die Einnahmen bei Weitem.

Das Aqua wurde und wird auch zukünftig bezuschusst werden müssen – mit oder ohne Umbau.

Ein größeres Bad = automatisch mehr Besucherinnen und Besucher = mehr Einnahmen – hierfür gibt es keinerlei Berechnungsgrundlagen.

Mit einer Markanalyse eines unabhängigen Gutachters könnte hier mehr Klarheit erreicht werden, um sachliche Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu treffen.

Wir sehen hier noch erheblichen Diskussionsbedarf und dieser sollte aus Sicht der Grünen in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe beraten werden. Ein erneuter Vor-Ort-Termin mit Besichtigung des aktuellen Zustands des Bades wurde uns im Vorfeld zugesichert.

Es ist sicherlich gut, wenn sich die Ratsvertreterinnen und -vertreter ein Bild von der aktuellen Sachlage machen können.

Feuerwehrgerätehäuser

Für 2023 steht der Umbau des Feuerwehrgerätehauses Antfeld an. Hier ist ein Umbau im Bestand laut Brandschutzbedarfsplan möglich. Der Entwurf wurde im Fachausschuss vorgestellt. Hier steht neben der Vergrößerung des Standortes mit den Maßgaben zu Stellplätzen und Schwarz-Weiß Trennung auch der energetische Umbau mit im Fokus.

Einen Umbau in Holzbauweise, den Einbau einer Wärmepumpe sowie eine PV-Anlage auf dem Dach zur Stromerzeugung, ist hier aus unserer Sicht mehr als wünschenswert und ist laut Aussage von Herrn Reuter möglich und wird als sinnvoll erachtet.

Mit dem Brand des Olsberger Gerätehauses rückt der Standort auf der Prioritätenliste nach oben.

Es ist gelungen, nach einer sehr kontrovers aber auch konstruktiv geführten Diskussion im Rat, ein neues Grundstück in unmittelbarer Nähe des alten Standortes zu finden. Einem Neubau steht nun nichts mehr im Weg, die Planungen hierzu stehen in den Startlöchern.

Die Suche nach neuen Grundstücken für die Gerätehäuser der Feuerwehren von Elleringhausen und Bruchhausen steht an. Die Prioritätenliste des Brandschutzbedarfsplans wird hierzu eingehalten.

Es gibt noch viele Bauvorhaben, die im neuen Haushalt stecken, alle anzusprechen und zu bewerten würde aber den Rahmen meiner Rede sprengen. Deshalb möchte ich nur kurz einige Vorhaben herausheben.

Der Schaffung eines neuen Wohngebietes der sogenannten „Rosenterasse“ stehen wir positiv gegenüber. Der Änderung des Flächennutzungsplanes haben wir zugestimmt. Über die Rahmenbedingungen, welche hier gesetzt werden sollten, z. B im Rahmen eines Pilotprojektes für nachhaltiges Bauen, ist noch zu beraten.

Ebenfalls unterstützen wir die Erstellung eines Baulückenkatasters für private Baugrundstücke. Dieses sollte für alle Dörfer erarbeitet werden.

Gegen den Bau eines Mobilitätshofes in Bigge haben wir uns schon früh durch die Ablehnung des Antrags zur Änderung des Flächennutzungsplanes positioniert. Die große Flächenversiegelung, die direkte Nähe zur Ruhr sowie ein immens steigendes Verkehrsaufkommen waren unter anderem hierfür ausschlaggebend.

Zum Abschluss meiner Rede zum Haushalt 2023 möchte ich Ihnen noch folgendes Zitat von Antoine de Saint Exupéry mit auf den Weg geben:

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas zukünftiges legen – denn Zukunft kann man bauen“.

Eine zukunftsfähige, nachhaltige, innovative, smarte und lebenswerte Stadt für uns und die nachfolgenden Generationen – es liegt an uns diese zu planen und zu gestalten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche noch gute Beratungen und einen schönen Abend.